

Linde

Sparwelle nach dem Fusionsrausch

Bevor ein neuer Chef kommt, will der alte Personal abbauen und die Kosten senken.



Von Linde erbaute Erdgasverflüssigungsanlage bei Hammerfest in Norwegen

Der scheidende Linde-Chef Wolfgang Büchele will bei dem Gasekonzern kurz vor seinem Abgang im kommenden Frühjahr noch ein umfangreiches Spar- und Effizienzsteigerungsprogramm einleiten. Erste Details wurden am Mittwoch dieser Woche im Wirtschaftsausschuss des Unternehmens besprochen, nachdem eine geplante Fusion mit dem US-Konkurrenten Praxair gescheitert war. Demnach sollen in den kommenden Jahren vor allem in der Anlagenbauparte Stellen wegfallen und Kosten gekappt werden. Das Geschäft mit Großprojekten zur Erdölaufl-

bereitung oder Erdgasverflüssigung leidet derzeit unter dem niedrigen Ölpreis und dürfte sich auch in den kommenden Monaten so schnell nicht erholen. Parallel dazu wollen Büchele und seine Vorstandskollegen prüfen, ob der Linde-Konzern tatsächlich in mehr als hundert Ländern tätig sein muss, und womöglich ausgewählte Auslandsstandorte schließen. Wie Insider berichten, könnte es im Zuge der Sparmaßnahmen sogar zu betriebsbedingten Kündigungen kommen. Ein Konzernsprecher wollte die Informationen nicht kommentieren. *did*

Umwelt

Empörung über Bochumer Ermittler

Umweltverbände und Bergbauopfer wollen mit allen „rechtlich zur Verfügung stehenden Mitteln“ gegen eine Entscheidung der Staatsanwaltschaft Bochum vorgehen. Die Strafverfolgungsbehörde hat nach einem Jahr Prüfung eine Strafanzeige des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) gegen den Bergbaukonzern RAG verworfen. Der BUND hatte der RAG nach Berichten des SPIEGEL (7/2015) vorgeworfen, Flüsse in NRW mit hochgiftigen Polychlorierten Biphenylen (PCB) zu verseu-

chen und damit eine „schwere Umweltstraftat“ zu begehen. Die Bochumer Staatsanwaltschaft vermag in der Einleitung des krebserregenden PCB in die Lippe, die Ruhr

oder die Emscher keine Straftat erkennen. In ihrer Begründung übernimmt sie fast wortgleich die Argumentation der RAG, wonach die Gifte nach Einleitung in die

Gewässer so stark verdünnt würden, dass keine Gefährdung mehr von ihnen ausgehe. Für den Geschäftsleiter des BUND in NRW, Dirk Jansen, ist das ein „Stück aus dem Tollhaus“. PCB gehöre zum sogenannten dreckigen Dutzend weltweit geachteter Chemiegifte. Es könne nicht sein, dass die Behörde der RAG einen Persilschein zur Einleitung von Tausenden Tonnen dieser Substanz ausstelle. Auch der Wasserexperte Harald Friedrich, der Bergbauopfer vertritt, will juristisch gegen den Beschluss vorgehen. Er arbeitet mit namhaften Umweltkanzleien an einer neuen Strafanzeige gegen die RAG. *fdo*



Wasserproben

SEBASTIAN KONOPKA / FLINKE FOTO SERVICES